

Europa-Patriotismus?



Was ist Patriotismus? Brauchen wir einen Europa-Patriotismus?

Ist Patriotismus nicht immer auch mit Schranken bzw. Grenzziehung verbunden (wir hier – die dort)? Gibt es positive und negative Seiten des Patriotismus, die wir in der EU brauchen/nicht brauchen? Wem

nützt Patriotismus? Und wer muss dafür bezahlen?

Fragen über Fragen, die sich der sich intellektuelle Europäer stellt. Fragen, die nicht in der Theorie gelöst werden, sondern von der Praxis. (Red)

Inhalt



	Seite
Europa-Patriotismus	1
Inhaltsverzeichnis	2
Aktuelles: Europa-Patriotismus? (Anton Schäfer)	3
Europa-Patriotismus beginnt in der Kommune – das Beispiel „Europastadt Oppenheim“ (Otto Schmuck)	4
Europa-Patriotismus (Marc Germeshausen)	9
Erklärung anlässlich der Resolution der UN-Generalversammlung über das IGH-Gutachten zu den rechtlichen Folgen von Israels Besatzungspolitik (Pressemitteilung Auswärtiges Amt)	10
Einleitung - „Schüler meinen“ (Nationalkollegs „Diaconovici Tietz“ Reschitza)	11
Schüler meinen? (Sophia Thernes)	11
Schüler meinen? (Maria Teodora Dună)	12
Schüler meinen? (Maya Mocanu)	13
Unzufriedenheit in der EU? (Anton Schäfer)	14
W Social — Where is Europe talking? (W Social)	16
Der Europarat, das unbekannte Wesen (Christa Hofmeister)	17
Zehn Jahre Brexit-Referendum (Anton Schäfer)	18
EU-Kommissar Magnus Brunner im Dialog mit Jugendlichen (Marc Germeshausen)	19
Island und die EU besiegeln ein Verteidigungsabkommen (Anton Schäfer)	20
Vereinsnachrichten und Impressum	21
Europa-Wikipedia: EU Inc.	23
Zu guter Letzt: Wussten Sie dies? Liste der Kriege, die während der letzten 5.000 Jahre durch Waffenlieferungen oder Aufrüstung beendet wurden	24

Die Redaktion bittet darum, dass Beiträge rechtzeitig eingereicht werden. Wir wollen in jeder Ausgabe eine große Vielfalt an Themen und Sichtweisen bieten und wählen dementsprechend vorab aus. Das ist jedoch nur bei zeitgerechter Zusendung der Texte möglich. Bitte beachten Sie den Redaktionsschluss, der stets vier Wochen vor dem Ende des Quartals liegt (mit Ausnahme von Sondernummern).

Aktuelles



Europa-Patriotismus?

(Anton Schäfer)

Es soll hier nicht eine geschichtliche Auseinandersetzung mit dem Begriff Patriotismus, etwa hinsichtlich dessen Unterscheidung vom Nationalismus oder vom Chauvinismus, erfolgen. Auch glühende Europäer (zu denen sich der Autor zählt) verspüren trotz des unablässigen Willens, ein vereintes Europa zu schaffen, meist eine Hemmung, dieses neue Europa zu einem „übersteigerten“ Europa werden zu lassen. Insbesondere wird von vielen – gerade im Wissen um die geschichtlichen Hintergründe – der Glaube an die Überlegenheit der eigenen Nation und die damit einhergehende Abwertung anderer Nationen zutiefst abgelehnt. Daher ist immer eine Reflexion erforderlich, wenn Politiker, selbst im besten Glauben und Wollen, einen EU-Patriotismus fordern.¹

Van der Bellen ruft zu „Europa-Patriotismus“ auf

Bundespräsident Alexander Van der Bellen hat am 9. Mai 2026, dem Europa-Tag, klar für den Europagedanken plädiert. Er hat zu einem, „*Europa-Patriotismus*“ in der Bevölkerung aufgerufen. Gemeinsam sollen Lösungen für die vielfältigen Probleme in Europa gefunden werden, wie z. B. „*Migration, Klimakrise, Arbeitslosigkeit, Armut und Krieg*“. Auch soll die EU ihre geopolitische Rolle nutzen.

Er meinte, dass die EU „*a bissl fad*“ sei. Womit er in vielen Bereichen sicherlich recht hat, denn viele Regelungen richten sich an Unternehmen und betreffen spezifische Probleme der Warenverkehrsfreiheit, die den Unionsbürger nicht direkt interessieren. Diese Normen sind aber, wie der österreichische Bundespräsident richtig ausführt, wichtig, damit „*die Wirtschaft auf verlässlichen, berechenbaren, vorhersagbaren Grundlagen beruht. Denn nur so ist Wohlstand möglich.*“

Viele Bereiche der EU greifen jedoch unmittelbar in die Interessen der Unionsbürger ein. Insbesondere werden Unionsbürger direkt betroffen von beharrlichem Missachten getroffener Vereinbarungen durch einige Unionsmitgliedstaaten, wie z. B. in Bezug auf die Personenverkehrsfreiheit. Dies merkt jeder, der (wieder) stundenlang im Stau stehen muss, weil Grenzkontrollen stattfinden. Dieser Rechtsbruch ist nicht nur dem vereinten Europa abträglich, sondern auch der Bildung eines „gesunden“ Europa-Patriotismus. Denn worauf soll der Bürger stolz sein, wenn jeder Unionsmitgliedstaat die gemeinsamen Regeln einfach aus Willkür außer Kraft setzen kann und die Kommission dazu schweigt?

Der österreichische Bundespräsident hat auch recht, wenn er die EU als „*eine einzigartige Zivilisationsleistung*“ bezeichnet, für die wir weltweit beneidet werden. Denn „Frieden schaffen, ohne Waffen“, diesen Slogan hat die EU verwirklicht – zum Vorteil aller Unionsbürger und aller Unternehmen in der EU.

„Unabhängiger von Willkür werden“

Richtig ist auch, dass, wie Van der Bellen ausführte, die EU „*unabhängiger von der Willkür fremder Regierungen*“ werden muss. Doch ist fraglich, wie weit dies gehen soll. Denn eine übersteigerte Unabhängigkeit führt wieder zu Konfrontationen, Grenzen und Konflikten. Die EU als Friedensmacht muss hier eine ausgewogene Linie finden, um nicht andere auszugrenzen oder militärisch zu dominieren. Denn das derzeitige Hochrüsten in Europa ist nicht dazu geeignet, bei anderen Staaten Vertrauen zu schaffen.

Richtig ist auch, wie der Bundespräsident sagte: „*Wenn wir für Europa da sind, wird Europa auch für uns da sein.*“

¹ <https://orf.at/stories/3429361/>

Europapatriotismus beginnt in der Kommune – das Beispiel „Europastadt Oppenheim“

(Otto Schmuck)

In Deutschland nennt sich, neben Frankfurt am Main, Aachen, Görlitz, Passau, Wiesbaden und einigen anderen Kommunen, seit 2020 auch Oppenheim am Rhein „Europastadt“. Der Titel erfreut sich auch in anderen Staaten einiger Beliebtheit. In Österreich schmücken sich Sankt Pölten, Innsbruck, Wiener Neustadt und das steirische Feldbach mit dieser Auszeichnung. Straßburg in Frankreich und Brüssel in Belgien gehören nach eigener Festlegung ebenfalls zu dieser besonderen kommunalen Kategorie.

Gründe für die Erklärung einer Kommune zur Europastadt

„Europastadt“ ist keine geschützte Bezeichnung. Der Titel wird nicht offiziell vergeben, jede Kommune kann sich selbst so bezeichnen. Die Motive dafür sind vielfältig: Es werden ein besonderes europäisches Engagement und die starke Verbundenheit mit dem europäischen Einigungsgeanken zum Ausdruck gebracht. Damit verbunden ist häufig eine Selbstverpflichtung der Kommune, den Austausch mit europäischen Partnerstädten zu pflegen und die Bürgerinnen und Bürger über die Ziele, Errungenschaften und Probleme der Europäischen Union aufzuklären. Die Tatsache, dass sich eine Kommune zur Europastadt erklärt, kann von den proeuropäischen Kräften wie der Europa-Union genutzt werden, um verstärkt auf den europäischen Gedanken hinzuweisen und in Zusammenarbeit mit der betreffenden Gemeinde Aktivitäten zu initiieren, etwa im Kontext des Europatages am 9. Mai.

Das Beispiel „Europastadt Oppenheim“

Die etwa 8.000 Einwohner zählende alte Reichsstadt Oppenheim hat sich 2020 durch einen einstimmigen Ratsbeschluss zur Europastadt erklärt. Dies hatte unter anderem zur Folge, dass an den Eingängen der Stadt markante Schilder aufgestellt wurden, auf denen der neue Titel gezeigt und auf die bestehenden Städtepartnerschaften hingewiesen wird: Sant’Ambrogio in Italien, Givry in Frankreich, Calpe in Spanien, Adnet in Österreich sowie mit Werder in Brandenburg, zu dem schon zu DDR-Zeiten enge Verbindungen bestanden. Die Europaverbundenheit

der Stadt kam auch darin zum Ausdruck, dass sie die örtliche Integrierte Gesamtschule An den Rheinauen erfolgreich beim Land Rheinland-Pfalz um den Titel „Europaschule“ bewarb.



Bildquelle: Otto Schmuck

Insofern waren die Weichen richtig dafür gestellt, dass die Stadt Oppenheim zusammen mit dem Kreisverband Mainz-Bingen der Europa-Union von 26. bis 30. Mai 2026 die „Oppenheimer Europatage“ organisierte. Sie standen unter dem Motto „Oppenheim verbindet Europa“. Die Ziele und auch die Auswirkungen der Entscheidung Oppenheims, sich zur Europastadt zu ernennen, sollten durch vielfältige Aktivitäten in Kooperation mit den Vereinen und den Städtepartnerschaften verdeutlicht und vertieft werden.



Bildquelle: Otto Schmuck

Feierliche Eröffnung der „Oppenheimer Europatage“ im Rathaus

Die festliche Eröffnungsveranstaltung fand im Oppenheimer Rathaus statt. Nach Grußworten des ersten Beigeordneten der Stadt Stephan Arnold und des Landrats des Kreises Mainz-Bingen Thomas Barth erläuterte der Vorsitzende des Kreisverbandes der Europa-Union Otto Schmuck die Ziele der Europatage.

Dabei wies er auch auf die besondere Rolle der Europa-Union als treibende Kraft in der europäischen Einigungsgeschichte hin. Nachfolgend ging Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte, bekannt als häufiger Kommentator in Wahlsendungen des ZDF, in seinem Vortrag „Europäische Zukunftsbilder - Parteien, Wähler, Konzepte“. der Frage nach, welchen Stellenwert die EU im Alltag der Bürger, bei

den Bundestagsparteien und bei Wahlen hat. Er unterstrich die Bedeutung der Dialogfähigkeit und des Zusammengehörigkeitsgefühls der Europäer.

In einer anschließenden Gesprächsrunde wurde u.a. mit Vertretern der Partnerschaftsverbände diskutiert, was Europa im Alltagsleben der Stadt konkret bedeutet.



Eröffnungsveranstaltung der Europawoche. In der Bildmitte: Otto Schmuck. Bildquelle: Otto Schmuck

Das Programm der folgenden Tage war prall gefüllt: Schulprojekte, der Film „Ein Tag im September“ zur ersten Begegnung von Konrad Adenauer und Charles De Gaulle, ein Filmnachmittag für Kinder sowie am letzten Tag eine Oldtimer-Präsentation von „Wheels for Europe“ sowie ein Abschlusskonzert mit bekannten europäischen Songs auf dem Oppenheimer Marktplatz. Ein besonderer Höhepunkt war jedoch der Abend des Kulturvereins Landskron zum "Eurovision Song Contest" im Hof des Oppenheimer Weinbaumuseums

Mitsingabend „Eurovision Song Contest“

Viele von uns kennen „Merci Cherie“, „Ein bisschen Frieden“, „Waterloo“ oder „Satellite“. Am 16. Mai fand in der Wiener Stadthalle einmal mehr der seit 1956 ausgetragene Eurovision Song Contest statt. 70 Jahre ESC-Geschichte waren im Rahmen der „Oppenheimer Europatage“

Anlass für einen Abend der Erinnerung an diesen friedlichen Wettstreit um das beste europäische Lied. Der örtliche Kulturverein Landskron lud aus diesem Anlass im Rahmen der Oppenheimer Europatage zu einem Mitsingabend ein, bei dem die Geschichte des ESC und seine bekanntesten Songs aus den 1970er, 1980er und 1990er Jahren eine Rolle spielten. Die Gäste wurden mit Erfolg zum Mitsingen motiviert. Am Ende des Abends konnten die zahlreichen anwesenden Gäste den beliebtesten Song aus der 70-jährigen Geschichte des ESC wählen: Gewonnen hat überraschender Weise der französischsprachige Song „L’oiseau et l’enfant“. Dies nicht zuletzt wegen der besonderen Leistung von drei stimmungsvollen in Oppenheim wohnenden Sängerinnen mit französischen Wurzeln. Der Abend hat allen Beteiligten viel Spaß gemacht und kann Anregung für ähnliche Europaveranstaltungen mit kulturellen Inhalten sein.



Foto Mitsingabend ESC, rechts: Otto Schmuck. Bildquelle: Otto Schmuck

Weitere Europastädte als Instrument für ein „Europa von unten“

Die „Oppenheimer Europatage“ machen deutlich, dass sich die Selbstverpflichtung einer Kommune auf die Ziele einer Europastadt zu vielfältigen Aktivitäten nutzen lässt. Deshalb lohnt es sich, darauf hinzuwirken, dass neue „Europastädte“ benannt werden. Ein Ansatzpunkt hierfür ist es, über eine Partei oder eine Wähler-

gruppe einen entsprechenden Antrag im eigenen Stadtrat zu initiieren. Mögliches Instrument ist auch eine Unterschriftensammlung mit dem Ziel der Verpflichtung der eigenen Stadt auf Europa. Die Erfahrung zeigt, dass ein derartiger Antrag von allen Fraktionen – mit Ausnahme der populistischen fremdenfeindlichen Kräfte – unterstützt wird. Auch in der Bevölkerung trifft eine derartige Initiative auf viel Sympathie.

Dr. Otto Schmuck
Baumeister für das Haus Europa

Otto Schmuck, am 8. August 1953 geboren, stammt aus Oppenheim. Im Gegensatz zu seinem Vater, der sich sein Leben lang mit dem Weinbau beschäftigte, studierte der Sohn Otto lieber Germanistik und Politik in Mainz. Ursprünglich wollte er Gymnasiallehrer werden, aber zunehmend interessierte er sich für die Europapolitik. Dieses Wort war Anfang der 1970er Jahre eher ungewöhnlich. 1975 gewann das Thema Europa erst langsam an Bedeutung – 1979 gab es die ersten Wahlen zum Europäischen Parlament. Das war genau die Zeit, in der Otto Schmuck beim Europaexperten Werner Weidenfeld in Mainz Politikwissenschaft studierte und daneben ein Praktikum im Europahaus Marienberg¹ in Rheinland-Pfalz absolvierte.



Bildquelle: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Otto_Schmuck.jpg
User: [Europäische Bewegung Deutschland](#)

¹ Das Europahaus Marienberg wurde 1951 gegründet. Es ist das erste europäische Bildungs- und Begegnungszentrum und Stammhaus von über 100 Europa-Häusern und Akademien in über 30 Ländern. Seit 1975 gehört das Europahaus zu einer Öffentlichen Stiftung bürgerlichen Rechts. Gemeinsame Stifter sind der Europahaus Marienberg e. V. und das Land Rheinland-Pfalz.

Das Zusammentreffen mit Teilnehmern aus verschiedenen europäischen Ländern faszinierte ihn und er ist bis heute davon überzeugt, dass die persönliche Begegnung im Rahmen von Austausch- und Partnerschaftsprogrammen ein wesentlicher Baustein für das zusammenwachsende Europa ist. Seine Frau Roswitha lernte er während eines Sprachkurses in Frankreich kennen.

Sein Staatsexamen legte Otto Schmuck 1979 in Mainz ab und begann seine Doktorarbeit mit einem Stipendium der Friedrich-Ebert-Stiftung. Das Thema? Selbstverständlich Europa! 1981 erhielt er ein Angebot für ein Forschungsprojekt im Institut für Europäische Politik in Bonn. Dort wurde er hauptamtlicher Mitarbeiter und brachte es bis zum stellvertretenden Direktor. Seine Doktorarbeit mit dem Titel „Das Europäische Parlament und die Entwicklungspolitik“ schrieb er nebenher fertig. Das Vorwort für die Buchausgabe verfasste der ehemalige Bundespräsident Walter Scheel. Otto Schmuck bekam Lehraufträge an der Mainzer Uni und am Europakolleg in Brügge, seine Arbeitsstelle aber blieb in Bonn.

Mit dem Wechsel in die europapolitische Administration in der rheinland-pfälzischen Landesregierung 1991 war für Otto Schmuck der Weg nach Berlin vorgezeichnet. Er etablierte sich als Europaexperte aus Rheinland-Pfalz. Er betreute den Europaausschuss des Landtages, organisierte den rheinland-pfälzischen Europapreis und koordinierte jeweils im Mai eine Europawoche. Der Umzug nach Berlin im Dezember 2000 fiel ihm schwer – in einer kleineren Stadt fühlt er sich wohler. Die Mentalität der Berliner hielt er für gewöhnungsbedürftig, aber man muss sich anpassen ... Otto Schmuck wusste, dass er nach seiner Pensionierung wieder nach Oppenheim zurückkehren würde, getreu dem europäischen Motto: Möglichst viel muss unten, auf regionaler oder sogar auf lokaler Ebene entschieden werden.

Otto Schmuck war Mitglied im Präsidium der Europa-Union Deutschland und Sprecher der Arbeitsgruppe „Zukunft der EU“. Er ist Autor und Herausgeber zahlreicher Veröffentlichungen zu europäischen Themen, die sich als beliebte Nachschlagwerke erwiesen. Er ist ein wertvoller Mitarbeiter bei den Europäischen Föderalisten in Österreich, war über viele Jahre als Vortragender im ehemaligen Karl-Brunner-Europahaus Neumarkt präsent, wie auch bei den Feldbacher Europagesprächen. In der Europastimme ist er mit zahlreichen Artikeln vertreten. Am Rande bemerkt: Otto Schmuck nimmt auch gerne die Gitarre in die Hand.



Dr. Otto Schmuck wurde am 16. Juli 2011 im Karl Brunner Europahaus Neumarkt mit dem Mérite Européen in Silber ausgezeichnet.

Bildquelle: Christa Hofmeister



Europa-Patriotismus

(Marc Germeshausen)



Bildquelle: Marc Germeshausen

Am 9. Mai 2026 hat Bundespräsident Alexander Van der Bellen am Europatag am Stephansplatz in Wien den Begriff „Europa-Patriotismus“ aufgegriffen.

Ich glaube, dieser Terminus trifft den Kern sehr gut. Europa ist nicht etwas Abstraktes in Brüssel, sondern etwas, das wir alle täglich leben und mitgestalten. Wir sind alle Aushängeschilder Europas und der Europäischen Union.

Wir können mitmischen, mitreden und Verantwortung übernehmen. Gerade in Zeiten, in denen oft über Krisen und Unterschiede gesprochen wird, sollte stärker ins Bewusstsein rücken, dass wir alle Unionsbürgerinnen und Unionsbürger sind.

Teil einer Gemeinschaft, die für Frieden, Demokratie, Vielfalt und Zusammenhalt steht. Europa-Patriotismus bedeutet nicht, Herkunft oder Hei-

mat aufzugeben, sondern stolz auf das gemeinsame europäische Projekt zu sein.

Denn Europa lebt nicht durch Institutionen allein – Europa lebt durch Menschen, die sich einbringen, Europa mitgestalten und es jeden Tag mit Leben füllen.



Links: Marc Germeshausen, ganz rechts: Bürgermeister von Wien, Michael Ludwig.
Bildquelle: Marc Germeshausen.



Bildquelle: Marc Germeshausen



Erklärung anlässlich der Resolution der UN-Generalversammlung über das IGH-Gutachten zu den rechtlichen Folgen von Israels Besatzungspolitik

(Pressemitteilung des Auswärtigen Amts der Bundesrepublik Deutschland vom 19.9.2024)

Zur Resolution der UN-Generalversammlung über das IGH-Gutachten zu den rechtlichen Folgen von Israels Besatzungspolitik in den besetzten palästinensischen Gebieten erklärte eine Sprecherin des Auswärtigen Amts:

„Das Völkerrecht ist die Grundlage für die internationale Ordnung und Sicherheit. Wo kein Recht gilt, ist Frieden unerreichbar. Das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vor zwei Monaten ist weitreichend und gibt wichtige Orientierung. Es hat deutlich gemacht, dass der Status quo in der Region keinen Bestand haben kann. Zur israelischen Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten hat auch die Bundesregierung immer wieder deutlich gemacht: Sie ist völkerrechtswidrig und verbaut den Weg zu einer Zweistaatenlösung. Wir werden das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs respektieren, im Einklang mit den darin dargelegten Verpflichtungen des Völkerrechts handeln und seine Umsetzung in vollem Umfang unterstützen.“

Eine verhandelte Zweistaatenlösung ist der einzige Weg zu einem nachhaltigen Frieden im Nahen Osten und bleibt daher festes Ziel deutscher

Außenpolitik. Das vertreten wir nicht nur gegenüber unseren Partnern in der Region, sondern auch immer wieder in einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen. Nur so können die legitimen Sicherheitsinteressen Israels gewahrt werden.

Und nur so können Palästinenserinnen und Palästinenser in ihrem eigenen Staat in Sicherheit und Würde leben.

Die gestern zur Abstimmung gestellte Resolution ging in mehreren wichtigen Punkten über das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs hinaus. So setzt sie für die Beendigung der Besatzung eine unrealistische Frist und lässt außer Acht, dass es zu einer nachhaltigen Lösung direkte Verhandlungen zwischen den Parteien braucht. Und die Resolution lässt legitime Sicherheitsinteressen Israels unerwähnt und berücksichtigt sein Selbstverteidigungsrecht nicht hinreichend. Deutschland hat sich, wie auch eine Reihe unserer Partner, aus diesen Gründen zu der Resolution enthalten.“¹

¹ [https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/-/2676260?pk_campaign=newsletter_Pressemitteilung_2024_09_19&pk_kwd=link_Erklärung+anlässlich+der+Reso-](https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/-/2676260?pk_campaign=newsletter_Pressemitteilung_2024_09_19&pk_kwd=link_Erklärung+anlässlich+der+Resolution+der+UN-Generalversammlung%C2%A0über+das+IGH-Gutachten+zu+den+rechtlichen+Folgen+von+Israels+Besatzungspolitik)

[lution+der+UN-Generalversammlung%C2%A0über+das+IGH-Gutachten+zu+den+rechtlichen+Folgen+von+Israels+Besatzungspolitik](https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/-/2676260?pk_campaign=newsletter_Pressemitteilung_2024_09_19&pk_kwd=link_Erklärung+anlässlich+der+Reso-lution+der+UN-Generalversammlung%C2%A0über+das+IGH-Gutachten+zu+den+rechtlichen+Folgen+von+Israels+Besatzungspolitik)

Einleitung „Schüler meinen“

Der erste Teil der Serie mit Stellungnahmen der Schüler des Nationalkollegs „Diaconovici Tietz“ in Reschitza waren Weihnachtsgeschichten in der Ausgabe 4/2025. Danach folgte „Mein Europa“ in der Ausgabe 1/2026 und nun als dritten Teil, stellten wir folgende Fragen: „Wenn ich Ursula von der Leyen wäre und frei bestimmen könnte, dann würde ich in der EU dringend...“ und „Wo sehe ich mich als EU-Bürger in 20 Jahren“.

Wenn ich Ursula von der Leyen wäre ...

Wo sehe ich mich in 20 Jahren?

(Maria Teodora Dună – VI. B, Nationalkolleg „Diaconovici-Tietz“ Reschitza, Rumänien)

1.) Wenn ich Ursula von der Leyen wäre, würde ich die Bildung verbessern und mehr für den Umweltschutz tun. Außerdem würde ich Familien mit wenig Geld stärker unterstützen.

2.) Ich bin heute 13 Jahre alt. In 20 Jahren möchte ich in Deutschland oder Österreich leben und mit Kindern arbeiten.

Ich möchte verheiratet sein und zwei Kinder haben. Ich möchte in einer Demokratie leben, weil Freiheit und gleiche Rechte wichtig sind.



Bildquelle: Dună Maria Teodora, mit KI erstellt

Wenn ich Ursula von der Leyen wäre ... Wo sehe ich mich in 20 Jahren?

(Sophia Thernes – IX. C, Nationalkolleg „Diaconovici-Tietz“ Reschitza, Rumänien)

1. Wenn ich Ursula von der Leyen wäre, würde ich Folgendes verbessern: die Schnelligkeit bei Entscheidungen, denn dies ist das Wichtigste von allem.

Heute ist die EU oft zu langsam, weil ein einziges Land einen guten Plan für alle anderen stoppen kann. Das möchte ich ändern. Mein Plan ist die Mehrheitsregel. Wenn die meisten Länder „ja“ zu einem Gesetz sagen, dann gilt es für alle. Ein einzelnes Land kann dann nicht mehr alles blockieren.

2. In 20 Jahren möchte ich ein schönes und freies Leben in Europa haben. Ich möchte im warmen Süden wohnen, zum Beispiel in Portugal oder Italien. Da ich meine Arbeit mit dem Computer mache, kann ich überall leben und muss nicht in ein ortsgebundenes Büro gehen.

Mein Beruf soll es sein, Unternehmen aus verschiedenen Ländern zusammenzubringen. Ich helfe ihnen, damit sie gut als Team arbeiten. Ich möchte verheiratet sein und zwei Kinder haben. Meine Kinder sollen von klein auf mehrere Sprachen lernen und ganz Europa als ihr Zuhause sehen. Ich möchte in einer freien Demokratie leben, in der alle EU-Länder wie ein großes Team zusammenhalten.

Ein einzelnes Land ist nämlich zu klein, um große Probleme wie den Klimawandel alleine zu lösen. Die Länder sollen ihre Kultur behalten, aber in der Politik fest wie Freunde zusammenstehen.



Bildquelle: Sophia Thernes, mit KI erstellt

Wenn ich Ursula von der Leyen wäre ...

Wo sehe ich mich in 20 Jahren?

(Maya Mocanu – VII. B, Nationalkolleg „Diaconovici-Tietz“ Reschitza, Rumänien)

1.) Wenn ich Ursula von der Leyen wäre und frei bestimmen könnte, dann würde ich in der EU Folgendes dringend verbessern:

Ich würde das Bildungssystem verbessern und mehr für den Umweltschutz tun. Außerdem würde ich die Zusammenarbeit zwischen den EU-Ländern stärken.

Wie?

- * Mehr Geld für Schulen und Universitäten
- * Kostenlose Sprachkurse für junge Menschen
- * Mehr Austauschprogramme zwischen den EU-Ländern
- * Mehr Investitionen in erneuerbare Energien
- * Weniger Bürokratie und mehr digitale Dienstleistungen

2.) Ich bin heute 14 Jahre alt – wo möchte ich mich als EU-Bürger in 20 Jahren sehen? In welchem Land möchte ich arbeiten und leben?

Ich möchte in Italien leben und arbeiten, weil mir das Land, die Kultur und das Klima gefallen. Ich möchte Ärztin werden und Menschen helfen. Ich möchte verheiratet sein und zwei Kinder haben. Ich möchte in einer Demokratie leben, in der Freiheit, Gleichheit und Menschenrechte respektiert werden.

Ich wünsche mir ein Europa mit Frieden, guter Bildung, moderner Medizin und vielen Möglichkeiten für junge Menschen. Die Länder Europas sollten weiterhin zusammenarbeiten und sich gegenseitig unterstützen.



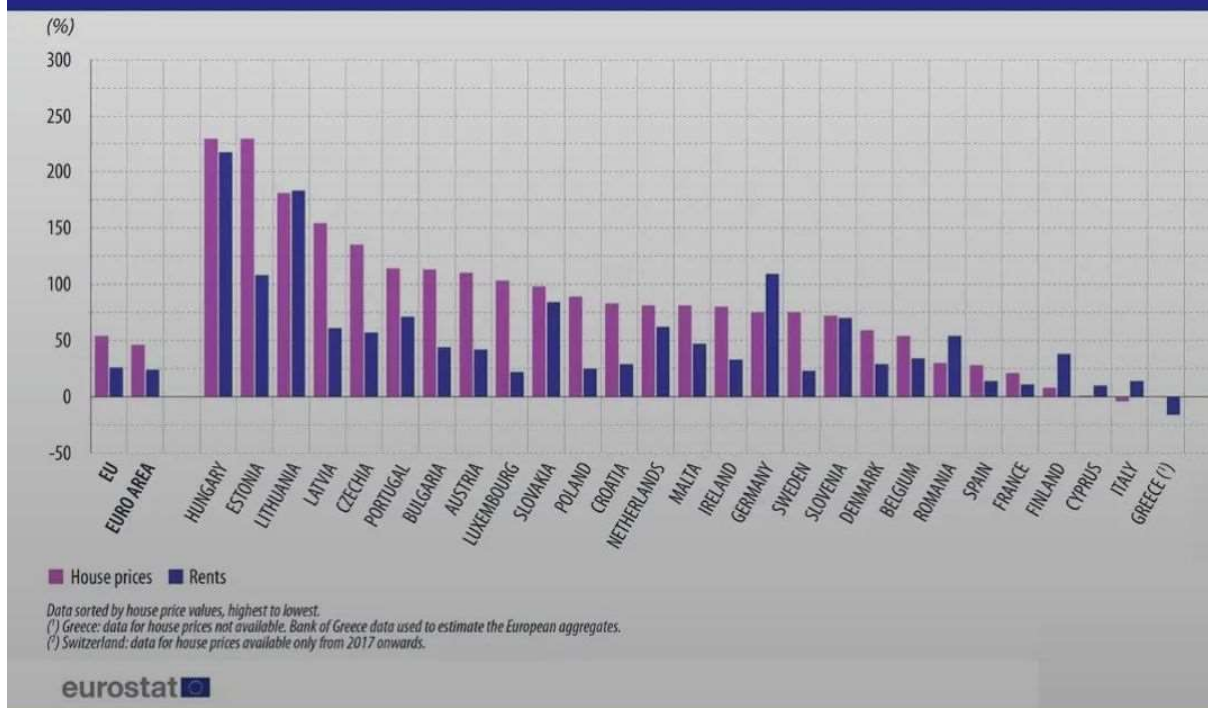
Bild-Urheberin: Maya Mocanu , selbst gemalt

Unzufriedenheit in der EU

(Anton Schäfer)

2010 bis zum 2. Quartal 2025

Entwicklung der Mieten und Immobilienpreise in der EU



Diese Tabelle des Statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat) für den Zeitraum 2010 bis 2025 zeigt sehr viel und war auch die Grundlage für den Titel dieses Artikels.

Die Ausgangslage zwischen 2010 und 2025:

Immobilienpreise in der EU + 60,5 %

Mieten in der EU: + 28,8 %

Zudem stiegen die Energiekosten in der EU unaufhaltsam an,¹ Senkungen der Kosten für Lebensmittel, sonstige Dienstleistungen, Preissenkungen für Erdöl oder Gas werden von den Unternehmen nur sehr verzögert weitergegeben etc., während die Mindestlöhne² während der letzten 25 Jahre stagnierten oder sogar unter die Inflationsrate sanken. Die Ungleichheit der Einkommensverteilung in vielen Unionsmitgliedstaaten stieg.³

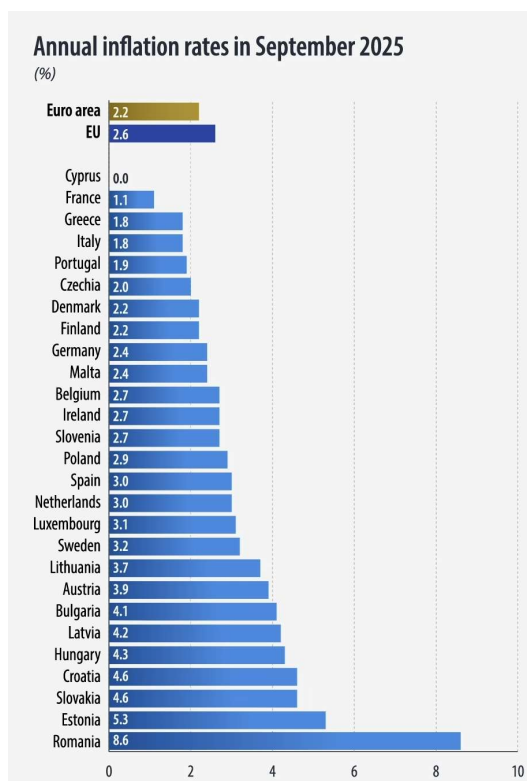
¹ https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Electricity_price_statistics

² Siehe Mindestlohnrichtlinie (Richtlinie (EU) 2022/2041): <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32022L2041>

³ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1314780/umfrage/entwicklung-der-mindestloehne-in-der-eu/>; <https://www.bpb.de/themen/arbeitsmarkt-politik/322503/lohnentwicklung-in-deutschland-und-europa/>

Dies bei gleichzeitiger Produktivitätssteigerung von nahezu 15 % zwischen 2000 und 2024.¹

Die Wachstumsrate in der EU betrug von 2005 bis 2024 gerade mal 1,5 %.² Und – es wird wohl wenige wundern – dass der private Konsum nicht Schritt hielt.



Quelle: Eurostat

Das Versprechen, wer viel arbeitet, sich weiterbildet und sich engagiert, wird von der Steigerung der Gewinne der Unternehmen mitprofitieren, wurde für die breite Masse weitgehend nicht eingelöst. Im Gegenteil. Die „gläserne Decke“ ist wieder dicker geworden. Der Staat fährt die Leistungen für die Bürger zurück und die Chancen, durch Leistung eine Verbesserung der persönlichen Situation zu erreichen, sind für viele inzwischen als illusorisch entlarvt worden.

Damit steigen die Ängste der Menschen, vor einem Verlust des persönlichen Wohlstands. Und infolgedessen werden Menschen wiederum empfänglich für Experten und Politiker,

die einfache Lösungen für komplexe Probleme anzubieten scheinen.

Und anstatt staatlicherseits zu investieren und einen Wirtschaftsaufschwung zu generieren, also den Menschen das Versprechen einer besseren Zukunft zu erfüllen, wird in vielen Unionsmitgliedstaaten bei der Bevölkerung – insbesondere in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Soziales – gespart.

Ausgegeben werden jedoch Milliarden für die militärische Aufrüstung, die nichts anderes ist als totes Kapital, durch welches kaum volkswirtschaftlicher Nutzen erzeugt wird. Im Gegenteil, auf viele Jahre hinaus muss noch mehr totes Kapital investiert werden, um das bereits investierte tote Kapital zu erhalten. Die Rüstungsgüter sind in absehbarer Zeit wieder veraltet und werden auch noch viel Steuergeld bei der Entsorgung kosten.

Es ist absehbar und verständlich, wenn die aktuell in den Arbeitsprozess eintretende Generation nicht mehr auf die Versprechungen der Unternehmen und des Staates vertraut. Sie erkennt vielmehr, dass – auch wenn sich die Betreffenden noch so sehr anstrengen – der Vorteil aus ihrer Arbeit nicht bei ihnen ankommt. Denn er wird in den Händen einiger weniger kumuliert.

Armut in der EU

In der Europäischen Union sind rund 93,3 Millionen Menschen armuts- oder ausgrenzungsgefährdet, darunter etwa rund 20 Millionen Kinder. Das sind umgerechnet einer von fünf Erwachsenen bzw. eines von vier Kindern.

Das ist nicht nur inakzeptabel, sondern ein Skandal. Die Europäische Kommission hat endlich auch diesbezüglich begonnen, Maßnahmen zu setzen und will eine EU-Armutsbekämpfungsstrategie entwickeln.³ Armut in der EU ist weder „gottgegeben“ noch unvermeidbar.

Eine große Anzahl von Menschen ist relativ arm, trotz Erwerbsarbeit.

¹ <https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-eurostat-news/w/ddn-20250723-1>

² https://de.wikipedia.org/wiki/Wirtschaft_der_Europ%C3%A4ischen_Union

³ https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-strategie-zur-armutsbekämpfung-kommission-startet-offentliche-konsultation-2025-07-28_de

Sie können aber aufgrund von Hungerlöhnen nicht von dieser Arbeit leben und sind – soweit vorhanden – auf staatliche oder familiäre Unterstützung angewiesen. Dieser Kreislauf muss durchbrochen werden. Es kann und darf nicht sein, dass der Staat indirekt Unternehmen unterstützt, die Menschen in Europa ausbeuten. Jeder Mensch hat das Anrecht auf eine angemessene Bezahlung seiner Tätigkeit. Und wenn er keiner Erwerbsarbeit nachgehen kann (z. B. wegen Krankheit), besteht das Recht auf eine angemessene staatliche Unterstützung, um ein menschenwürdiges

Leben führen zu können. Ein Leben an der Schwelle zur Armutsgefährdung oder gar unter der Armutsgrenze ist nicht menschenwürdig. Und es kann und darf auch nicht sein, dass Menschen, insbesondere alte Menschen, mittels Sammeln von Pfandflaschen etc. ihren Lebensunterhalt ergänzen müssen. Ebenso wenig kann es sein, dass Menschen, die jahrzehntelang schwere körperliche Arbeit geleistet haben, beim Pensionsantrittsalter Menschen gleichgestellt werden, die jahrelang studiert und/oder in Büros leichte Tätigkeiten ausgeübt haben.

W Social — Where is Europe talking?

Am Europatag, dem 9. Mai 2026, startete W Social „Wo spricht Europa?“. Es ist dies ein neues öffentliches Dashboard.¹ Gemäß Betreiber sollen „die Social-Media-Aktivitäten von mehr als 10.000 europäischen öffentlichen Stimmen“ abgebildet werden. „Das Dashboard verfolgt, wo Staatsoberhäupter, Regierungsbeamte, Politiker, EU-Vertreter und andere öffentliche Entscheidungsträger in ganz Europa online aktiv sind. Ziel ist es, sichtbar zu machen, wo der demokratische Dialog in Europa tatsächlich stattfindet, und eine breitere Debatte über Plattformabhängigkeit, digitale Souveränität, Interoperabilität und die Zukunft des öffentlichen Diskurses in Europa anzustoßen. Das Dashboard zeigt auch, welche öf-

fentlichen Stimmen auf W verfügbar sind, da die Plattform den frühen Zugriff vor dem Start der öffentlichen Beta am 17. Juni erweitert. Hier gelangen Sie zum Dashboard: W Social – Wo spricht Europa?

Über W W ist eine europäische Social-Media-Plattform, die sich auf Informationsintegrität, menschliche Überprüfung, Datenschutz und Vertrauen in den digitalen öffentlichen Diskurs konzentriert.

Aufbauend auf einem globalen offenen Netzwerk ermöglicht W einen transparenteren, interoperablen und rechenschaftspflichtigeren digitalen öffentlichen Raum – hergestellt in Europa, für die Welt. Erfahren Sie mehr unter wsocial.eu.“



Bildquelle: <https://wsocial.eu/public>

¹ <https://europetalking.wsocial.news/>

Der Europarat, das unbekannte Wesen

(Christa Hofmeister)

Schaut man 77 Jahre voraus, denkt man: „Da haben wir noch Zeit“ – und plötzlich ist die Zeit auch schon da. Schaut man 77 Jahre zurück, denkt man: „Wo ist die Zeit nur geblieben?“ Und fast im selben Atemzug fragt man sich: „Ist das wirklich doch schon so lange her?“

Als Europa nach dem Zweiten Weltkrieg in Schutt und Asche lag, sagte Winston Churchill am 19. September 1946 in einer Rede: „... wir müssen eine Art von Vereinigten Staaten schaffen“. 1948 initiierte Churchill den Haager Europa-Kongress, bei dem die Gründung eines Europarats gefordert wurde. Diese erfolgte am 5. Mai 1949. Damals schlossen sich zwölf Staaten zusammen, **Österreich kam am 16. April 1956 dazu.**

Vor 77 Jahren gegründet und bis heute von großer Wichtigkeit. Fragt man aber in der Öffentlichkeit nach dem Europarat, dann muss man leider titeln: „**Der Europarat, das unbekannte Wesen**“.

Welche Aufgaben hat der Europarat und was tut er?

Der Europarat überwindet Trennendes, einigt Staaten und Völker auf der Basis seiner drei Grundsätze: Achtung der Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Seit 1950 ist die Europäische Menschenrechtskonvention das wichtigste internationale Rechtsinstrument zum Schutz der Menschenrechte.

Das heißt, jede Person, die in einem Mitgliedstaat des Europarates wohnt, kann vor dem **Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg** Beschwerde gegen Staaten einreichen, die ihre Verpflichtungen aus der Europäischen Menschenrechtskonvention verletzen. Weiters sorgt die **Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen** für den Schutz und die Förderung dieser Sprachen, um die Tra-

ditionen und das Kulturerbe Europas zu erhalten und zu erweitern. In den 46 Mitgliedstaaten des Europarates gibt es keine Todesstrafe. Seit 1985 ist die Abschaffung der Todesstrafe eine Voraussetzung für den Beitritt zum Europarat.

Außerdem gilt:

Der Europarat sagt nein zum Rassismus.

Der Europarat sagt ja zur Bildung.

Die Konvention über Menschenrechte und Biomedizin verbietet das Klonen von Menschen.

Der Europarat hat derzeit 46 Mitgliedstaaten. Er ist eine eigenständige internationale Organisa-

tion mit Sitz in Straßburg.

Die Europäische Union (EU) ist ein aus 27 europäischen Staaten bestehender Staatenverbund. Alle Staaten der EU sind zwar Mitglieder des Europarates, beide Institutionen ergänzen sich und stehen nicht in Konkurrenz. Die Parlamentarische Versammlung des Europarates kann keine

verbindlichen Beschlüsse fassen. Alle 46 Mitgliedstaaten entsenden Parlamentarier in diese Versammlung. Der Europarat verfügt mit Englisch und Französisch über zwei Amtssprachen. Deutsch, Italienisch und Russisch sind Arbeitssprachen.

Logo des Europarates und Logo der EU-Flagge

Die Europaflagge zeigt zwölf goldene Sterne auf blauem Grund. Die Zahl der Sterne ist unveränderlich und drückt Vollkommenheit und Einheit aus. Die Flagge wurde 1955 offiziell als **Symbol für ganz Europa** eingeführt.

1986 wurde die Flagge mit dem Einverständnis des Europarates von der Europäischen Gemeinschaft (EU) übernommen. Auch die Europa-Hymne „gehörte“ ursprünglich zum Europarat. Heute stehen Flagge und Hymne für eine gemeinsame europäische Identität.



Bildquelle: Europarat

Zehn Jahre Brexit-Referendum

(Anton Schäfer)

Aktuell sind in den Medien viele Artikel über das Referendum vom 23. Juni 2016 im Vereinigten Königreich und den daraufhin folgenden Brexit zu lesen. 51,9 % der Briten stimmten für den Austritt aus der Europäischen Union. In den aktuellen Retrospektiven wird überwiegend auf die negativen wirtschaftlichen Auswirkungen für die Menschen in Großbritannien in Bezug auf die Grundfreiheiten aus dem AEUV eingegangen, etwa die Personenverkehrsfreizügigkeit oder die Warenverkehrsfreiheit. Weitgehend fehlt die Befassung mit der eigentlichen Grundidee der Gemeinschaftsverträge, nämlich den Frieden innerhalb Europas zu erhalten, auszubauen und für die Zukunft zu sichern („Nie wieder Krieg“). Und gerade in diesem Bereich hätten sich die EU und Großbritannien sehr gut ergänzt. Man könnte es als verkehrte Welt bezeichnen, dass die Grundfreiheiten, die zur Absicherung und Stärkung des Friedens in Europa eingeführt wurden (mit dem Ergebnis möglichst enger wirtschaftlicher Verflechtung), nun als primäre Ziele der EU gesehen werden und der Frieden selbst als ein sekundäres Ergebnis dieser Grundfreiheiten. Es zeigt dies meines Erachtens sehr deutlich, wie gut der Grundgedanke des Schumanplanes – und insbesondere namentlich genannt die Konzeption von Jean Monnet – aufgegangen ist. Doch lässt sich auf Grundlage der EU-Grundfreiheiten alleine kein Europa-Patriotismus aufbauen bzw. vermitteln.

Selten wird deshalb gefragt, wie die Briten eigentlich ihr Verhältnis zu Europa außerhalb der Grundfreiheiten des AEUV sehen. Zum Beispiel, ob und wie sehr sie das gemeinsame Friedensprojekt unterstützen und ausbauen wollten bzw. zukünftig wollen.

Der damalige Premierminister David Cameron (von den Tories) stellte 2013 ein Referendum über die EU-Mitgliedschaft in Aussicht, sollte seine Partei die Parlamentswahlen 2015 gewin-

nen. Das Referendum wurde 2015 durchgeführt. Der Gedanke des Friedens in Europa war hier so gut wie nicht präsent.

Als 2014 die EU-skeptische UKIP-Partei von Nigel Farage eine Mehrheit der Stimmen erreichte, ging es auch nicht um den Frieden in Europa, sondern um die Grundfreiheiten.

Als am 31. Jänner 2020 das Vereinigte Königreich aus der EU austrat, ging es in den Verhandlungen um die zukünftigen wirtschaftlichen Beziehungen und nicht um den Frieden in Europa.

Als Nigel Farage 2019 die rechtspopulistische Reform UK (früher „Brexit Party“) gründete, interessierte er sich weder besonders für die Folgen

des Brexit noch für den Frieden in Europa. Er nutzte aber die daraus entstandene innenpolitische Unsicherheit und die wirtschaftliche Schwäche Großbritanniens, die er selbst mitverantworten hatte, zur Hetze in der Migrationspolitik. Und wie andere Rechtspopulisten in der EU gewann er damit Stimmen und stellte andere Parteien, insbesondere die Labour Party, als Verlierer dar.



Bildquelle:
https://commons.wikimedia.org/wiki/File:EU-Austritt_%2847521165961%29.svg, User: [Mrmw](#)

Nach zehn Jahren würde, laut einer Umfrage der Bertelsmann Stiftung, eine Mehrheit von 57 % für einen Verbleib in der EU stimmen, wenn über den Brexit heute abgestimmt werden würde.

Dieses Votum wiederum bedingten vor allem die negativen wirtschaftlichen Folgen für das Vereinigte Königreich.¹

Wiederbeitritt?

Doch die Aussicht auf einen Wiedereintritt Großbritanniens in die EU ist aktuell gering. Die Regierung hätte die „Scherben“ der vorherigen Regierung aufzuräumen und das bedeutete, dass sie den Wählern erklären müssten, warum sie von der vorherigen Regierung in Sachen Selbstbestimmung, Migration, die angebliche überbordende EU-Bürokratie und Komplexität etc. teilweise schamlos belogen worden sind.

¹ <https://orf.at/stories/3434047/>

EU-Kommissar Magnus Brunner im Dialog mit Jugendlichen

(Marc Germeshausen)

Am 23. April 2026 bot sich für über 70 Schüler:innen aus Kärntner Schulen im Europahaus Klagenfurt eine besondere Gelegenheit: Sie konnten direkt mit dem österreichischen EU-Kommissar für Inneres und Migration, Magnus Brunner, ins Gespräch kommen und ihre Fragen zu aktuellen europäischen Themen stellen.

Eröffnet wurde die Veranstaltung von Europa-haus-Vizepräsidentin Ana Blatnik, die in ihren Grußworten die Bedeutung des Dialogs zwischen Jugend und europäischen Institutionen hervorhob.

Anschließend stellte sich Magnus Brunner vor, indem er seinen persönlichen Zugang zu Europa von Kindheitstagen an schilderte. Daraufhin entwickelte sich ein lebendiger Austausch zwischen dem EU-Kommissar und den motivierten und interessierten Schüler:innen.

Die Jugendlichen nutzten die Chance, kritisch nachzufragen und ihre Perspektiven einzubringen. Moderiert wurde die Runde von Christoph Zettinig, EU-Förderberatung, sowie Kärntens EU-Jugendbotschafterin Lilith Zinnauer, die das Mikrofon durch die Reihen reichten und für einen dynamischen Ablauf sorgten.

Inhaltlich spannte sich der Bogen von illegaler Migration bis hin zur Frage, ob das österreichische Steuersystem gerecht sei. Letzteres ein Thema, zu dem Brunner auch aufgrund seiner früheren Tätigkeit als Finanzminister Stellung bezog. Besonders betonte er die Bedeutung der Zusammenarbeit aller 27 EU-Mitgliedstaaten sowie die Notwendigkeit einer starken Europa-Kommunikation auf nationaler und europäischer Ebene.

Auch persönliche Einblicke kamen nicht zu kurz: Auf die Frage nach seinem Alltag als EU-Kommissar schilderte Brunner einen abwechslungsreichen Beruf mit vielen Reisen, auch in Drittstaaten, und ständig neuen Herausforderungen.

Ein zentrales Anliegen, das im Laufe der Diskussion besonders deutlich wurde, war die Bedeutung von Interesse und Engagement für Europa. Ein Jugendlicher brachte es treffend auf den Punkt: „*Desinteresse ist der größte Feind der EU.*“ Magnus Brunner griff diesen Gedanken auf

und unterstrich, wie wichtig es sei, Europa sichtbar zu machen und aktiv darüber zu sprechen. Gerade durch Dialogformate und persönliche Begegnungen könne das Bewusstsein für europäische Themen gestärkt werden. Es sei notwendig, Europa sichtbar zu machen und darüber zu sprechen – etwa metaphorisch „*die europäische*

Flagge zu hissen“, besonders rund um den Europatag am 9. Mai.

Weitere Diskussionspunkte waren institutionelle Fragen wie die mögliche Direktwahl eines europäischen Präsidenten oder die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips, ebenso wie die Notwendigkeit, die Energieunabhängigkeit Europas weiter voranzutreiben.

Zum Abschluss zeigte sich Brunner beeindruckt vom Engagement der Jugendlichen: Die Fragen hätten „*genau ins Herz getroffen*“ und verdeutlicht, wie intensiv sich junge Menschen mit europäischen Themen auseinandersetzen.

Das große Interesse und die fundierten Beiträge seien ein starkes Zeichen für die Zukunft Europas.



Bildquelle: Marc Germeshausen



Bildquelle: Marc Germeshausen

Island und die EU besiegeln ein Verteidigungsabkommen

(Anton Schäfer)

Am 17. März 2026 unterzeichneten die EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas und Islands Verteidigungsministerin Thorgerdur Katrin Gunnarsdottir in Brüssel eine Vereinbarung, mit der insbesondere die Zusammenarbeit in der Arktis gestärkt werden soll. Weitere Verteidigungsabkommen haben die Isländer bereits mit Großbritannien, Indien und Kanada abgeschlossen.

Island unterhält trotz – oder wegen seiner exponierten Position – selbst keine Streitkräfte und hat sich bisher auf die USA und die NATO verlassen. Dieses neue Abkommen und die Annäherung an die EU sind direkte Auswirkungen der Politik von US-Präsident Donald Trump, der sich

nicht einmal mehr den Anschein gibt, nationale Grenzen und die Souveränität von Staaten zu respektieren. So spricht er bekanntlich immer wieder von einem Anschluss von Kanada als 51. Bundesstaat der USA und – ohne Rücksicht auf die anderen Nato-Partner – davon, dass er das dänische Autonomiegebiet Grönland annectieren will.

Island ist bereits Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) und hat – wie Norwegen und Liechtenstein – einen bevorzugten Zugang zum EU-Binnenmarkt.



Vereinsnachrichten



Europatag 2026 in Dornbirn

Der Europatag 2026 wurde in Vorarlberg von europe direct, der EuropaUnion Vorarlberg und etwa 500 Menschen am 9. Mai 2026 auf dem Marktplatz in Dornbirn gefeiert – mit einer sehr gut besuchten Standaktion und vielen Informationen für die Bürger.¹

Im Rahmen der Veranstaltungen anlässlich 125 Jahre Stadterhebung von Dornbirn gestalteten

die zahlreichen Chöre der Stadt eine Festveranstaltung in der Kirche St. Martin.

Zuvor sangen etwa 400 Menschen auf dem Marktplatz gemeinsam die Europahymne.

Ein Video ist auf Wikimedia-Commons gespeichert und verfügbar.²



Bildquelle: https://commons.wikimedia.org/wiki/Category:Europe_Day_2026 User: Asumipal

¹ Sehe auch: https://commons.wikimedia.org/wiki/Category:Europe_Day_2026

² https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Dornbirn-Europe_Day_2026-500_Singers_Anthem_of_Europe-01ASD.webm

Impressum



Blattlinie: Die Europastimme ist eine proeuropäische politische – parteipolitisch unabhängige – Zeitschrift, die sich kritisch mit der Entwicklung in Europa, der Entwicklung der Europäischen Union zu einem Europäischen Bundesstaat sowie mit den nationalen und regionalen Entwicklungen und Strömungen innerhalb Europas und der Europäischen Union auseinandersetzt. Alle Informationen werden einem Faktencheck unterzogen!

Zitiervorschlag: Europastimme, Jahrgang, Nummer, Seite.

Impressum, Offenlegung und Kennzeichnung:

Die Europastimme ab dem 60. Jahrgang ist eine Fortführung der Zeitung der Europäischen Föderalistischen Bewegung, der Jungen Europäischen Föderalisten und der EUROPTIMUS-Vereinigung für europäische Bildung, die 2018 eingestellt wurde, wobei lediglich der Name und die grundsätzliche europapolitische Ausrichtung weitergeführt werden. Ab dem 60. Jahrgang ist die Europastimme auch Vereinszeitung der EuropaUnion Vorarlberg. Eigentümer, Verleger und Herausgeber der Europastimme ab dem 60. Jahrgang ist der Edition Europa Verlag. Chefredakteur: Mag. Dr. Anton Schäfer LL. M. Sitz des Verlages und der Redaktion sowie der EuropaUnion Vorarlberg: Forachstraße 74 in 6850 Dornbirn. E-Mail des Verlages: office@Edition.eu.com E-Mail-Redaktion: office@Europastimme.eu E-Mail EuropaUnion Vorarlberg: office@EuropaUnion.org Hergestellt und gedruckt in 6850 Dornbirn.

Erscheint mindestens viermal jährlich als Print- und Online-Ausgabe. Web-Adresse der Online-Ausgabe: <http://Europastimme.eu> Einzelheftpreis inkl. USt: 1,60 Euro. Jahresabonnement inkl. Versand im Inland inkl. USt: 15,00 Euro. Preisänderung auch unterjährig vorbehalten. Abbestellung eines Abonnements ist jeweils zum Jahresende möglich, wenn diese bis spätestens 30.11. schriftlich beim Verlag eingeht. Preise für Abonnement und Versand außerhalb Österreichs auf Anfrage. Erscheinungsort: 6850 Dornbirn. Verlagspostamt: 6850 Dornbirn. Abonnements können durch Einzahlung auf das Konto IBAN AT54 2060 2000 0028 6864 ganz einfach abgeschlossen werden. Die Redaktion behält sich die Kürzung von eingesandten Manuskripten entsprechend des vorhandenen Platzes vor. Der urheberrechtliche Schutz richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen in Europa. Alle Rechte bleiben grundsätzlich vorbehalten. Jeder Teil dieser Zeitschrift darf, soweit die urheberrechtlichen Rechte beim Verlag, bei der Redaktion oder beim Herausgeber liegen, unter der Creative-Commons-Lizenz „Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“ (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>) verwendet werden. Bilder von Wikipedia Commons stehen unter dieser oder ähnlicher Lizenz (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode>). Bitte beachten Sie: Jede Angabe in dieser Zeitschrift – gedruckt oder online – erfolgt ohne Gewähr für die Richtigkeit, Vollständigkeit etc. Dies gilt für eigene Beiträge, Fremdbeiträge, Gastbeiträge usw. als auch für zitierte Texte. Die Redaktion steht für eine offene und freie Debatte und Diskussionskultur. Die Meinung eines Autors muss daher nicht die Meinung der Redaktion widerspiegeln. Eine Haftung des Herausgebers, des Verlags, der Redaktion oder der Autoren wird daher gänzlich ausgeschlossen. Bei sämtlichen personenbezogenen Angaben gilt die gewählte Form für alle Geschlechter. Autoren räumen dem Verlag die von Literar-Mechana wahrgenommenen Vergütungsansprüche unwiderruflich ein.

ISSN: 0014-2727 (Print) und ISSN: 2791-402X (Online). ZDB-ID: 519113-0 (aktuell)/2187204-1 (1960 bis 2018)

P. b. b.



Bildquelle: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Europe_flag_heart.svg, User: Sangjinhwa

Europa-Wikipedia



In diesem Europa-Wikipedia sollen in wenigen Sätzen Begriffe erklärt und soll Interessantes dargestellt werden. Vorbild ist die freie, gemeinnützige Internet-Enzyklopädie Wikipedia, die seit dem 15. Jänner 2001 besteht.

EU Inc.

In der EU gibt es bisher in den 27 Unionsmitgliedstaaten über 60 nationale Unternehmensrechtsformen. Durch eigene „europäische“ Rechtsformen sollen Vorteile für die Unionsbürger und Unternehmen entstehen.¹

EU Inc. ist die Abkürzung für eine weitere (neue) Unternehmensrechtsform, nämlich eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Ein weiterer Schritt, um Unternehmensgründungen EU-weit zu vereinheitlichen und zu vereinfachen.

Die Gründung eines solchen Unternehmens in einem Unionsmitgliedstaat soll innerhalb von 48 Stunden über eine eigene Webseite der Europäischen Kommission bei geringen Kosten (100 Euro) und vollständig digital erfolgen. Ein Startkapital ist für die Gründung nicht erforderlich.

Die Zuteilung von (nationalen) Steuer- und Umsatzsteuernummern soll automatisch erfolgen, ohne dass hierfür weitere Anträge erforderlich sind.

Ebenfalls sollen Auflösung oder Insolvenz dieser Unternehmensrechtsform vereinheitlicht und vereinfacht werden.

Die EU Inc. muss in allen Unionsmitgliedstaaten anerkannt werden und soll vor allem grenzüberschreitend ein wichtiges Instrument für Unternehmer und Investoren werden.

Dies soll den Binnenmarkt stärken und Expansion innerhalb der EU erleichtern.

Die EU Inc. muss selbstverständlich – wie auch die bisherigen transnationalen Unternehmensrechtsformen (z. B. die Societas Europaea – SE, die Societas Cooperativa Europaea – SCE bzw. die Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung – EWIV²) – sämtliche nationalen Bestimmungen, insbesondere etwa zu Arbeits-, Sozial- und Steuerrecht, einhalten.

Insbesondere Arbeitnehmervertreter bzw. Gewerkschaften in den Unionsmitgliedstaaten zeigen sich in Bezug auf solche transnationalen Unternehmensrechtsformen skeptisch. Sie befürchten, dass es zu einer Verwässerung der Arbeits- und Sozialrechte in den Unionsmitgliedstaaten kommen könnte (z. B. im Hinblick auf Mindestlöhne, Betriebsratsgründungen, Einhaltung von nationalen Sicherheitsvorschriften etc.).

Grundsätzlich ist das Recht des Unionsmitgliedstaates anzuwenden, in dem die „EU Inc.“ eingetragen wird.

Der Verordnungsvorschlag³ wird nun im Rat und Parlament verhandelt. Diese neue Rechtsform soll bis Jahresende weitgehend beschlossen sein.



Bildquelle: https://commission.europa.eu/topics/business-and-industry/doing-business-eu/company-law-and-corporate-governance/eu-inc-new-harmonised-corporate-legal-regime_en

¹ https://commission.europa.eu/news-and-media/news/eu-inc-making-business-easier-european-union-2026-03-18_en

² Diese Gesellschaftsrechtsformen sind bislang nicht gerade „Renner“, obwohl es sie teilweise schon Jahrzehnte gibt.

³ https://commission.europa.eu/document/download/3e9822aa-8cef-40a1-904e-a53fc68e7265_en



Wussten Sie dies?

Liste der Kriege, die während der letzten 5.000 Jahre durch Waffenlieferungen oder Aufrüstung beendet wurden:

-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-

Die Liste ist leer, weil es keinen einzigen Krieg gibt, der durch Waffenlieferungen oder Aufrüstung beendet wurde.

Diese Liste wurde mit größter Sorgfalt erstellt und dennoch kann es sein, dass ein Krieg vergessen wurde, insbesondere, weil die schriftlichen Quellen der letzten 5.000 Jahre teilweise doch unsicher sind.